

Tilo Gundlack, MdL verfolgt erstes Treffen der EU-Allianz für bezahlbaren Wohnraum: Wohnen ist keine bloße Handelsware, sondern ein Grundrecht

23.06.2026



MdL Tilo Gundlack © European Union/Giedr? Daug?lait?

Die von der EU-Kommission ins Leben gerufene Europäische Allianz für Wohnen traf sich erstmals am 19. Juni 2026.

Darin kommen europäische Institutionen wie der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR), die Mitgliedstaaten, lokale und regionale Gebietskörperschaften und andere Interessenträger zusammen, um die Umsetzung des EU-Plans (s.u.) für bezahlbaren Wohnraum zu koordinieren.

„In den EU-Mitgliedstaaten fehlen bis zum Jahr 2035 jährlich zwei Millionen Wohnungen. Die Wohnungspolitik ist vielfach dezentral organisiert, mit vielfältigen Entscheidungsstrukturen“, so der Landtagsabgeordnete [Tilo Gundlack](#). „Die EU-Ebene will unterstützend ansetzen, und unter anderem durch gegenseitiges Voneinander-Lernen im Rahmen der “Better Homes Partnerships“

und [thematischen Workshops](#) dem sich verschärfenden Langzeitproblem der Verteuerung des Wohnraums beikommen.“

Eine Task-Force „Wohnungsbau“ war im Februar 2025 von der EU-Kommission geschaffen worden, um die Situation von Millionen Europäern zu verbessern, die von der existierenden Wohnungskrise betroffen sind. Die EU-Kommission hat auch mit ihrem daraufhin erstellten [Plan für bezahlbaren Wohnraum](#) der Tatsache Rechnung getragen, dass die in den letzten Jahren stark gestiegenen Immobilien- und Mietpreise den sozialen Zusammenhalt, die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und die territoriale Gerechtigkeit in der Union gefährden. Der Plan setzt im Zusammenspiel mit dem [„Neuen Europäischen Bauhaus“](#) beim Schutz der am stärksten betroffenen Menschen wie [Obdachlosen](#), Menschen mit geringem Einkommen und Studenten sowie bei der Kurzzeitvermietung, beim Bau und bei der Renovierung, bei Investitionen (über den mehrjährigen Finanzrahmen und eine paneuropäische Investitionsplattform) und Beihilfen an.

Im März 2026 startete die EU-Kommission die Sondierung und Konsultation zum Rechtsakt für erschwinglichen Wohnraum (‘Affordable Housing Act’).